

Dieser Text ist eine provisorische Fassung.
Massgebend ist die definitive Fassung, welche unter
www.bundesrecht.admin.ch veröffentlicht werden wird.



Bundesratsbeschluss vom 13. Februar 2019

Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 12. Oktober 2018 über die «Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee»

Aufgrund des Antrags des VBS vom 31. Januar 2019,
aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

1. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 12. Oktober 2018 über die "Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee" wird gutgeheissen.
2. Mitteilung an die GPK-N durch die BK.
3. Das VBS wird ermächtigt, die Stellungnahme des Bundesrates frühestens am übernächsten Werktag nach der Bundesratssitzung zu veröffentlichen (in gedruckter/elektronischer Form).

Für getreuen Protokollauszug:

Jürg De Bruch

Veröffentlichung:
Bundesblatt (Ziff. 1)



Geschäftsprüfungskommission
des Nationalrates (GPK-N)
Parlamentsgebäude
CH-3003 Bern

Bern, 13. Februar 2019

Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 12. Oktober 2018 über die "Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee"

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Am 12. Oktober 2018 hat die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates den oben genannten Bericht an den Bundesrat übermittelt und ihn ersucht, bis spätestens am 17. Januar 2019 Stellung zu nehmen. Auf Gesuch hin des Generalsekretärs VBS haben Sie uns freundlicherweise eine Fristverlängerung bis am 28. Februar 2019 gewährt.

In der Beilage erhalten Sie die Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Februar 2019.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Ueli Maurer
Bundespräsident

Walter Thurnherr
Bundeskanzler

Beilage:
Stellungnahme des Bundesrates (d, f, i)



Commission de gestion
du Conseil national (CdG-N)
Palais du Parlement
3003 Berne

Berne, le 13 février 2019

Avis du Conseil fédéral concernant le rapport établi le 12 octobre 2018 par la Commission de gestion du Conseil national au sujet des événements liés au médecin en chef de l'armée

Madame la Présidente,

La Commission de gestion du Conseil national a adopté le rapport mentionné en titre le 12 octobre dernier et a invité le Conseil fédéral à prendre position d'ici le 17 janvier 2019. Suite à la demande du Secrétaire général du DDPS, la commission a eu l'amabilité d'accorder une prolongation de ce délai jusqu'au 28 février 2019.

Veillez trouver en annexe l'avis émis sur ce rapport par le Conseil fédéral en date du 13 février 2019.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente, l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil fédéral suisse

Ueli Maurer
Président de la Confédération

Walter Thurnherr
Chancelier de la Confédération

Annexe

Avis du Conseil fédéral (d, f, i)

Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 12. Oktober 2018 über die "Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee"

Stellungnahme des Bundesrates

vom

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 12. Oktober 2018 über die "Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee" nehmen wir nach Artikel 158 des Parlamentsgesetzes nachfolgend Stellung.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ueli Maurer

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

Stellungnahme

1 Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) hat am 12. Oktober 2018 ihren Bericht "Ereignisse rund um den Oberfeldarzt der Armee" verabschiedet.¹ Darin kommt sie zum Schluss, dass der Fall durch das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hinreichend aufgearbeitet wurde. Sie bemängelt jedoch die zögerliche Umsetzung einiger Massnahmen und fordert, dass in Bezug auf das Spesenverhalten ein nachhaltiger Wandel in der Betriebskultur des VBS stattfindet. Der Bericht der GPK-N stützt sich auf den internen Schlussbericht der Disziplinaruntersuchung gegen den Oberfeldarzt, die beiden Schlussberichte der externen Administrativuntersuchungen vom 31. August 2017 und vom 25. Dezember 2017 sowie auf den Bericht vom 5. Mai 2018 der externen Disziplinaruntersuchung gegen den früheren Vorgesetzten des Oberfeldarztes.

2 Stellungnahme des Bundesrates

2.1 Grundsätzliche Bemerkungen

Der Bundesrat nimmt die Ansicht der GPK-N zur Kenntnis, dass der Fall durch das VBS hinreichend aufgearbeitet und dass die nötigen Massnahmen getroffen wurden, um die Vorwürfe korrekt aufzuarbeiten. Er teilt die Meinung der GPK-N, dass die auf der Basis der verschiedenen Untersuchungen eingeleiteten Massnahmen als sinnvoll zu beurteilen sind.

2.2 Stellungnahme zu den Forderungen

Zu den Forderungen der GPK-N äussert sich der Bundesrat wie folgt:

Die GPK-N erwartet vom Vorsteher VBS, dass er aus dieser Erfahrung die nötigen Lehren gezogen hat und bei heiklen personalrechtlichen Entscheiden künftig mit grosser Vorsicht vorgeht.

Der Bundesrat teilt die Meinung der GPK-N, dass heikle personalrechtliche Angelegenheiten mit Sorgfalt angegangen werden müssen. Das VBS hat aus diesen Erfahrungen die nötigen Lehren gezogen. Beispielsweise indem in der Gruppe Verteidigung ein Personalrechtsdienst geschaffen wurde und heikle personalrechtliche Entscheide der Gruppe Verteidigung mit dem Personalrechtsdienst des Generalsekretariats abgeglichen werden.

¹ BBl ...

Die GPK-N bemängelt, dass die Umsetzung einiger Massnahmen nur schleppend voranging. In Bezug auf die Massnahmen zum Spesengebaren erscheint es ihr zudem von grösster Bedeutung, dass die Probleme nicht nur mit Hilfe von neuen Regelungen und Prozessen angegangen werden, sondern dabei auch die Führungsverantwortlichen in der Pflicht stehen. Diese müssen den Grundsatz der Sparsamkeit vorleben und so für einen Wandel in der Verwaltungskultur des VBS sorgen. Die GPK-N erwartet, dass die Regelungen möglichst rasch umgesetzt werden.

Die GPK-N bemängelt die zögerliche Umsetzung einiger Massnahmen, wie zum Beispiel der Massnahmen zur Deregulierung und Standardisierung der Spesenprozesse sowie der Erteilung des Projektauftrages und eines Mandats für die Überprüfung der Organisationsstruktur der Sanität beziehungsweise der Rollen und Aufgaben des Oberfeldarztes als Leiter der Sanität der Armee und als Beauftragter des Bundes für den koordinierten Sanitätsdienst.

Der Bundesrat anerkennt die Forderung und teilt grundsätzlich die Meinung der GPK-N. Er weist aber darauf hin, dass die Umsetzung der Massnahmen mit grösster Sorgfalt erfolgte, was die nötige Zeit in Anspruch genommen hat. So brauchen insbesondere neue Prozesse und Reorganisationen Zeit, bis sie implementiert und umgesetzt werden können. Ebenfalls gilt es zu bedenken, dass bei der Erarbeitung der neuen Vorgaben zu den Spesen grosser Wert auf die Mitarbeit der Verwaltungseinheiten gelegt wurde, um grösstmögliche Sensibilisierung und Akzeptanz zu erreichen. Auch dieser Prozess hat Zeit in Anspruch genommen. Jedoch konnte mit den am 1. September 2018 in Kraft gesetzten Weisungen über Spesen, Anlässe und Geschenke im VBS der Forderung nachgekommen werden, dass in Bezug auf das Spesenverhalten ein nachhaltiger Wandel der Betriebskultur stattfindet.

Der Bundesrat stimmt der GPK-N zu, dass die Probleme nicht nur mit Hilfe von neuen Regelungen und Prozessen angegangen werden müssen, sondern dass dabei auch die Führungsverantwortlichen in der Pflicht stehen, indem sie bezüglich der Einhaltung der Vorgaben bezüglich Spesen, Anlässen und Geschenke Verantwortung übernehmen.

Die GPK-N fordert, dass die Spesenkultur im VBS jener der übrigen Bundesverwaltung angepasst wird.

Das Spesenreglement der Bundesverwaltung ist auch für das VBS gültig, und die persönlichen Spesen werden mit wenigen Ausnahmen von den Mitarbeitenden korrekt abgerechnet. Die am 1. September 2018 in Kraft gesetzten Weisungen über Spesen, Anlässe und Geschenke im VBS regeln ergänzend die Verantwortlichkeiten und deren Kontrolle. Im Weiteren wird in diesen Weisungen der Rahmen bei Gesamtanlässen, Kleinanlässen, Jahrestreffen und Fachkonferenzen festgelegt. Aufgrund der Vorfälle hat das VBS in diesem Bereich den grössten Bedarf an Kulturveränderung.

Die GPK-N erwartet vom Vorsteher des VBS und von der Armeeführung, dass diese ihre Führungsverantwortung wahrnehmen und sicherstellen, dass die in den Untersuchungen betroffenen Personen künftig konstruktiv zusammenarbeiten.

Der Bundesrat teilt die Bedenken der GPK-N im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit der von den Untersuchungen betroffenen Personen in der Armeeführung. Er versichert der GPK-N, dass das VBS ein besonderes Augenmerk auf die konstruktive Zusammenarbeit der betroffenen Personen legen wird. Der Chef der Armee wird die an der Untersuchung betroffenen Personen eng begleiten und allfällige Verstösse sanktionieren.



Événements liés au médecin en chef de l'armée Rapport de la Commission de gestion du Conseil national du 12 octobre 2018

Avis du Conseil fédéral

du ...

Madame la Présidente,
Mesdames, Messieurs,

Conformément à l'art. 158 de la loi du 13 décembre 2002 sur le Parlement, nous nous prononçons comme suit sur le rapport du 12 octobre 2018 de la Commission de gestion du Conseil national au sujet des événements liés à l'affaire du médecin en chef de l'armée.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente, Mesdames, Messieurs, l'expression de notre haute considération.

...

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, Ueli Maurer
Le chancelier de la Confédération, Walter Thurnherr



Avis du Conseil fédéral

1 Contexte

La Commission de gestion du Conseil national (CdG-N) a adopté le 12 octobre 2018 un rapport concernant les événements liés au médecin en chef de l'armée¹. Elle parvient à la conclusion que l'affaire en question a fait l'objet d'une analyse suffisante de la part du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS). Elle regrette toutefois que la mise en œuvre de certaines mesures ait traîné et demande au DDPS de modifier durablement sa culture d'entreprise en matière de défraitements. Le rapport de la CdG-N se fonde sur le rapport final de l'enquête disciplinaire interne ouverte contre le médecin en chef de l'armée, sur les rapports finaux des deux enquêtes administratives externes du 31 août 2017 et du 25 décembre 2017 ainsi que sur le rapport du 5 mai 2018 concluant l'enquête disciplinaire externe contre l'ancien supérieur hiérarchique du médecin en chef de l'armée.

2 Avis

2.1 Principe

Le Conseil fédéral prend acte de l'avis de la CdG-N, qui estime que l'affaire en question a fait l'objet d'une analyse suffisante et que les mesures nécessaires à un traitement correct ont été prises. Il partage son point de vue selon lequel les mesures décidées sur la base des différentes enquêtes sont pertinentes.

2.2 Avis

Concernant les demandes formulées par la CdG-N dans le rapport, le Conseil fédéral se prononce comme suit.

La CdG-N espère [...] que le chef du DDPS a tiré les enseignements qui s'imposaient de cette expérience et prendra les futures décisions sensibles en matière de droit du personnel avec une plus grande diligence.

Le Conseil fédéral partage l'avis de la CdG-N selon lequel les dossiers sensibles en matière de droit du personnel doivent être traités avec précaution. Le DDPS a tiré les enseignements qui s'imposent de cette expérience. Ainsi, par exemple, un service de droit du personnel a été mis sur pied au sein du Groupement Défense. Il sera chargé

¹ FF 2018 ...

de traiter les dossiers sensibles relevant du droit du personnel, en harmonisant sa pratique sur celle du service du droit du personnel du Secrétariat général.

[...] la CdG-N regrette que la mise en œuvre de certaines [mesures] ait traîné. En ce qui concerne les mesures relatives aux défraiements, il est selon elle très important que les problèmes ne soient pas uniquement abordés au moyen de règlements et de processus, mais que les cadres dirigeants soient aussi mis devant leurs responsabilités. Ces personnes doivent donner l'exemple en appliquant le principe de l'utilisation économe des ressources et veiller ainsi à une transformation de la culture d'administration [...]. La CdG-N [...] attend du DDPS qu'il mette en œuvre le plus rapidement possible les réglementations concernées.

La CdG-N déplore que certaines mesures aient été appliquées tardivement, notamment celles visant à simplifier et à standardiser les procédures en matière de défraiements. Elle s'étonne également du temps qu'il a fallu pour attribuer un mandat de projet et ordonner l'examen de la structure organisationnelle des Affaires sanitaires, et plus particulièrement du rôle et des tâches du médecin en chef de l'armée en sa qualité de responsable des Affaires sanitaires et de mandataire du Conseil fédéral pour le Service sanitaire coordonné.

Le Conseil fédéral reconnaît le bien-fondé de la remarque et partage sur le principe l'avis de la CdG-N. Il relève toutefois que la mise en œuvre des mesures a été conduite avec beaucoup de précautions, ce qui a nécessité un certain temps. En effet, il faut du temps pour procéder à des réorganisations et introduire de nouveaux processus. De même, il tient à souligner que l'on a accordé une grande importance à ce que les unités administratives participent à l'élaboration des nouvelles directives, ceci à des fins de sensibilisation et pour obtenir une meilleure acceptation. Ce processus a lui aussi pris du temps. L'entrée en vigueur, le 1^{er} septembre 2018, des directives sur les frais, les événements et l'octroi de cadeaux au DDPS répond toutefois aux exigences formulées et initie un changement de culture durable en ce qui concerne le comportement en matière de défraiements.

Le Conseil fédéral approuve la CdG-N lorsqu'elle souligne que ces problèmes ne doivent pas être abordés uniquement au moyen de règlements et de processus, mais que les cadres dirigeants doivent aussi être mis face à leurs responsabilités, notamment en ce qui concerne le respect des directives sur les frais, les événements et l'octroi de cadeaux.

La CdG-N demande d'adapter l'approche du DDPS en matière de défraiements à celle qui a cours dans le reste de l'administration fédérale.

Les dispositions réglant les frais au sein de l'administration fédérale sont aussi valables pour le DDPS et, à quelques rares exceptions près, les collaborateurs présentent des décomptes correctement établis. De plus, les directives sur les frais, les événements et l'octroi de cadeaux au DDPS, entrées en vigueur le 1^{er} septembre 2018, précisent les responsabilités et les modalités de contrôle. Elles traitent des événements de grande ampleur de même que ceux de moindre envergure, des rencontres annuelles

et des conférences spécialisées. Vu les affaires concernées, il est surtout important que le DDPS adopte un changement de culture.

La CdG-N attend du chef du DDPS et du commandement de l'armée qu'ils assument leurs responsabilités en matière de direction et garantissent que les personnes concernées collaborent de manière constructive à l'avenir.

Le Conseil fédéral partage les préoccupations de la CdG-N au sujet de la future collaboration entre les personnes concernées par les enquêtes au sein du commandement de l'armée. Il lui garantit que le DDPS prêtera une attention toute particulière à ce que cette collaboration soit constructive. Le chef de l'Armée assurera un suivi et sanctionnera tout manquement, le cas échéant.



**Rapporto
della Commissione della gestione del Consiglio nazionale
del 12 ottobre 2018 sugli avvenimenti legati al medico
in capo dell'esercito**

Parere del Consiglio federale

del ...

Onorevoli presidente e consiglieri,

conformemente all'articolo 158 della legge sul Parlamento, vi presentiamo il nostro parere in merito al rapporto della Commissione della gestione del Consiglio nazionale del 12 ottobre 2018 sugli avvenimenti legati al medico in capo dell'esercito.

Gradite, onorevoli presidente e consiglieri, l'espressione della nostra alta considerazione.

...

In nome del Consiglio federale svizzero:

Il presidente della Confederazione, Ueli Maurer

Il cancelliere della Confederazione, Walter Thurnherr

Parere

1 Situazione iniziale

Il 12 ottobre 2018 la Commissione della gestione del Consiglio nazionale (CdG-N) ha adottato il proprio rapporto sugli avvenimenti legati al medico in capo dell'esercito.¹ In tale rapporto, la CdG-N giunge alla conclusione che il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS) ha trattato il caso con sufficiente attenzione. Lamenta tuttavia l'eccessiva lentezza nell'attuazione di talune misure e chiede che in seno il DDPS modifichi in modo duraturo la sua cultura in materia di spese. Il rapporto della CdG-N si fonda sul rapporto finale dell'inchiesta disciplinare nei confronti del medico in capo dell'esercito, sui due rapporti finali del 31 agosto 2017 e del 25 dicembre 2017 relativi alle inchieste amministrative esterne nonché sul rapporto del 5 maggio 2018 relativo all'inchiesta disciplinare esterna nei confronti dell'ex superiore del medico in capo.

2 Parere del Consiglio federale

2.1 Osservazioni di principio

Il Consiglio federale prende atto del fatto che secondo la CdG-N il DDPS ha trattato il caso con sufficiente attenzione e che sono state adottate le misure necessarie per rispondere correttamente ai rimproveri mossi. Concorda anche sul fatto che le misure predisposte in seguito alle varie inchieste condotte si possano considerare ragionevoli.

2.2 Parere sulle richieste della CdG-N

In merito alle richieste della CdG-N, il Consiglio federale si esprime come esposto qui di seguito.

La CdG-N si aspetta che il capo del DDPS tragga da questa esperienza i debiti insegnamenti e che in futuro agisca con grande prudenza nell'adottare decisioni delicate in materia di diritto del personale.

Il Consiglio federale concorda con la CdG-N sul fatto che le questioni delicate relative al diritto del personale debbano essere affrontate con diligenza. Il DDPS ha tratto i debiti insegnamenti da queste esperienze, ad esempio con la creazione in seno all'Aggruppamento Difesa di un servizio giuridico del personale e con il fatto che le decisioni delicate dell'Aggruppamento Difesa in materia di diritto del personale vengano concertate con il servizio giuridico del personale della Segreteria generale.

¹ FF 2018 ...

La CdG-N deplora il fatto che l'attuazione di talune misure proceda a rilento. Per quanto riguarda le misure relative all'atteggiamento nei confronti delle spese, la Commissione ritiene inoltre estremamente importante che i problemi non vengano affrontati soltanto con nuovi regolamenti e processi, ma anche coinvolgendo i quadri dirigenti. Questi ultimi devono assumere un comportamento esemplare nell'applicare il principio di oculatezza, portando così un cambiamento di mentalità nella cultura amministrativa del DDPS. La CdG-N si aspetta che le disposizioni adottate vengano prontamente attuate.

La CdG-N deplora la lentezza nell'attuare talune misure, tra cui ad esempio quelle riguardanti lo snellimento e la standardizzazione dei processi relativi alle spese nonché l'attribuzione del mandato di progetto e di un mandato per la verifica della struttura organizzativa della Sanità militare, rispettivamente i ruoli e compiti del medico in capo dell'esercito quale capo di quest'ultima e incaricato della Confederazione per il Servizio sanitario coordinato.

Il Consiglio federale riconosce la legittimità di tale richiesta e condivide in linea di massima il parere della CdG-N. Sottolinea però che le misure sono state attuate con grande diligenza, compito che ha quindi richiesto un certo lasso di tempo. Occorre infatti tempo affinché in particolare i nuovi processi e le previste riorganizzazioni possano essere implementati e attuati. Bisogna inoltre considerare che nell'elaborazione delle nuove prescrizioni sulle spese è stata data grande importanza alla collaborazione delle unità amministrative per ottenere il massimo grado di sensibilizzazione e il massimo consenso possibili. Anche per questo processo c'è voluto tempo. Con le nuove istruzioni concernenti le spese, gli eventi e la consegna di omaggi in seno al DDPS, entrate in vigore il 1° settembre 2018, è stato comunque già avviato l'auspicato cambiamento duraturo di cultura in materia di spese.

Il Consiglio federale concorda con la CdG-N sul fatto che i problemi non debbano essere affrontati soltanto con nuovi regolamenti e processi, ma che anche i quadri dirigenti si assumano le loro responsabilità per quanto concerne il rispetto delle direttive in materia di spese, eventi e consegna di omaggi.

La CdG-N chiede che la cultura in materia di spese in seno al DDPS venga adeguata a quella praticata nel resto dell'Amministrazione federale.

Il regolamento sulle spese dell'Amministrazione federale si applica anche al DDPS e, salvo poche eccezioni, le spese personali sono conteggiate correttamente dal personale del Dipartimento. Le nuove istruzioni concernenti le spese, gli eventi e la consegna di omaggi in seno al DDPS, entrate in vigore il 1° settembre 2018, disciplinano a titolo complementare le responsabilità e i relativi controlli. Le stesse istruzioni disciplinano

inoltre il quadro per gli eventi generali, i piccoli eventi, gli incontri annuali e le conferenze specialistiche. Alla luce di quanto accaduto il DDPS deve operare un cambiamento radicale della propria cultura a questo riguardo.

La CdG-N si aspetta che il capo del DDPS e i vertici dell'esercito si assumano le loro responsabilità e garantiscano che in futuro le persone interessate dalle inchieste collaborino in modo costruttivo.

Il Consiglio federale condivide le preoccupazioni della CdG-N riguardo alla futura collaborazione delle persone interessate dalle inchieste in seno al comando dell'esercito. Assicura alla CdG-N che il DDPS presterà un'attenzione particolare alla collaborazione costruttiva tra le persone in questione. Il capo dell'esercito si occuperà assiduamente delle persone interessate dall'inchiesta e sanzionerà eventuali violazioni.